A56 Ergänzung_S. 128_Globale Krisenprävention kohärent gestalten

Antragsteller*in:	Deborah Düring (KV Frankfurt), Maria Feckl (KV Erding), Martina Fischer, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt:	1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Antragstext

S. 128, ab Zeile 11; Änderungsvorschlag fett markiert

Globale Krisenprävention
Die Corona-Krise führt in vielen Entwicklungsländern zu Kapitalflucht und Währungskrisen und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel mehr Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten vorangehen und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, wie Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der Einführung und
Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von Entwicklungsländern verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen. Um krisenhaften Entwicklungen insbesondere im globalen Süden vorzubeugen, sollte die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ernstgenommen und beschleunigt werden. Gleiches gilt für die Klimaziele. Dies verlangt von Deutschland und der EU eine kohärente Handels-, Klima-, Agrar-, Entwicklungs-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik, die so ausgerichtet werden muss, dass diese Politik andernorts keinen Schaden anrichtet und auch Menschen im globalen Süden ein Leben in Würde und Sicherheit und mit ökonomischer Perspektive ermöglicht.

Begründung

Globale Krisenprävention bedarf nicht nur eine Veränderung der eigenen Strukturen, wie es im Ansatz der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen bereits verankert ist, sondern muss zusätzlich in allen Politikbereichen mitgedacht werden. Zudem darf deutsche und europäisches politisches Handeln keinesfalls negative Auswirkungen auf andere Länder haben. Globale Krisen können wir nur bekämpfen, indem wir Menschenrechte, soziale Sicherung und Klimaziele in allen Bereichen konsequent mitdenken und fördern.